

AfD - Fraktion im Gemeinderat Backnang

Rede zum Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Friedrich,

Sehr geehrte Damen u. Herren der Verwaltung,

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Der Haushalt 2026 wird uns heute und wurde uns während der vorangegangenen Beratungen mit einem klaren Appell präsentiert:

Mehr Zuversicht, weniger Pessimismus, mehr Gestaltungswille.

Das klingt gut, das klingt motivierend und es klingt vor Allem danach, als müsse man Die Realität erst sprachlich entschärfen, bevor man sie politisch, wirtschaftlich und finanziell bewältigt.

Unser geschätzter Oberbürgermeister warnt vor einem „Mantel des Pessimismus“, der über dem Land liege. Wir sagen: was viele Bürger als Pessimismus empfinden, speist sich aus deren täglicher Erfahrung. Erfahrung mit steigenden Preisen, steigenden Abgaben, steigenden Steuern, steigenden Anforderungen und abnehmender Planbarkeit. Wer diese Sorgen als oberflächliche Stimmungslage abtut, macht es sich viel zu einfach.

Schauen wir auf die Zahlen.

Der Ergebnishaushalt 2026 weist erneut ein deutliches Defizit aus.

Er kann nur noch durch den Griff in die Rücklagen ausgeglichen werden.

Zur gleichen Zeit wird eingeräumt, dass diese Rücklagen spätestens ab 2028 nicht mehr ausreichen werden. Das ist kein Betriebsunfall, das ist ein strukturelles Problem, welches sich keinesfalls wegmoderieren lässt.

Herr Oberbürgermeister, Sie sprechen von einer soliden Ausgangslage und einer robusten Wirtschaftsstruktur. Tatsächlich ist die Lage Backnangs, im Vergleich zu anderen Städten, noch nicht derart angespannt. Aber auch ein gutes Fundament bröckelt, wenn man dauerhaft mehr Lasten darauf stapelt, als es tragen kann.

Wenn Kommunen mehr als ein Viertel der staatlichen Aufgaben erledigen, ihnen aber nur ein Bruchteil der Einnahmen verbleibt und das Konnexitätsprinzip dauerhaft seitens übergeordneter Strukturen missachtet wird, ist das kein Optimierungsproblem sondern ein Systemfehler!

Der Haushalt 2026 versucht erneut den Spagat: konsolidieren, sparen, abbauen und gleichzeitig weiter in die Zukunft der Stadt und ihrer Bewohner investieren. Das wird als „Konsolidierung mit Vernunft“ verkauft.

In Wahrheit ist es ein Kraftakt an der Belastungsgrenze.

Der geplante Stellenabbau wird als strategische Entscheidung dargestellt, als Fortschritt durch Digitalisierung. Die Realität ist: wir leisten uns diesen Abbau nicht, weil wir effizienter geworden sind, sondern weil wir es uns schlicht nicht mehr leisten können, weiterzumachen wie bisher.

Besonders entlarvend ist der Umgang mit den Pflichtaufgaben.

Sozialausgaben explodieren, neue Aufgaben kommen hinzu, Gegenfinanzierung bleibt aus. Das Konnexitätsprinzip wird zwar beschworen, aber faktisch ignoriert.

Der Gesetzgeber, vulgo die Obrigkeit, bestellt, die Kommunen machen und zahlen.

Und dann wird uns erklärt, wir dürften nicht so larmoyant sondern ^{erzürnen} optimistischer sein.

Auf der Investitionsseite werden Projekte als Ausdruck von Gestaltungswillen gefeiert.

Niemand bestreitet die Notwendigkeit guter Schulen, zeitgemäß ausgestatteter Feuerwehr, Hochwasserschutz und Instandhaltung der Infrastruktur.

Aber Projekte wie der Ersatzneubau der Brücke über die Weissach, der Kawag-Kreisel oder die Modernisierung des Bahnhofs zeigen: sie sind teuer, langfristig bindend und regelmäßig anfällig für Kostensteigerungen. Wer hier von Zuversicht spricht, sollte den Bürgern auch sagen, wer am Ende die Rechnung bezahlt.

Stolz wird darauf verwiesen, dass 2026 auf Erhöhung der Grund- u. Gewerbesteuer verzichtet werden kann. Wir finden: die überwiegende Ablehnung der Erhöhung der Grundsteuer war ein Highlight der Arbeit dieses Gremiums! Von der Mehrheit des Rats wurde Bürgernähe und finanzpolitische Bodenhaftung gelebt!

Bar jeglicher Bodenhaftung jedoch der Eifer, mit neuen Abgaben wie der

Verpackungssteuer, ökologische Symbolpolitik zu betreiben. Sie wird als Fortschritt angepriesen, ist aber in Wahrheit ein weiteres jener Bürokratiemonster, mit denen Jene, die – in diesem Fall die Innenstädte beleben – drangsaliert werden.

Mehr Kontrolle, mehr Verwaltung bei überschaubarem Nutzen.

Solch einen Luxus kann sich diese Stadt nicht leisten!

An dieser Stelle muss nochmals auf die politische Stimmung im Land eingegangen werden.

Der wachsende Zuspruch für unsere Partei kommt nicht aus dem Nichts. Er ist auch kein Ausfluß bloßen Protests. Er ist das Ergebnis konkreter Erfahrungen vieler Bürgerinnen und Bürger mit gravierenden, ideologisch getriebenen Fehlentscheidungen der Politik.

Insolvenzen auf Rekordhoch, Stellenabbau, Arbeitsplatzverlagerung, miserable Sicherheitslage, Explosion der Kriminalität sind Tatsachen, auch wenn die etablierten Parteien ständig beschwichtigen und versuchen, den Bürger „draußen im Lande“ hinter die Fichte zu führen.

Dass, trotzdem, immer mehr Menschen die Realität erkennen und politische Konsequenzen einfordern, ist kein Zeichen von Radikalität sondern Ausdruck demokratischer Reife. Zustimmung entsteht dort, wo Probleme angesprochen werden, nicht dort, wo relativiert und schöngeredet wird.

In diesem Sinne ist der wachsende Rückhalt für unsere Positionen ein deutliches Warnsignal an jene, die seit Jahrzehnten in unserem Land Verantwortung tragen. Zur politischen Realität gehört aber auch: Vernunft ist noch möglich, siehe das Beispiel der Grundsteuer. Weniger Ideologie, weniger Gängelung der Bürger, mehr gesunder Menschenverstand, mehr Bodenständigkeit!

Herr Oberbürgermeister, Sie hoben Integration als Beispiel für Gestaltungswillen hervor. Das lobende Hervorheben von Einzelfällen ersetzt keine Ordnung, Steuerung und finanzielle Tragfähigkeit. Menschlichkeit ohne Struktur führt auf direktem Weg ins Desaster, wie jeden Tag zu hören und zu lesen ist.

Der Haushalt 2026 ist kein Totalausfall. Er enthält richtige Ansätze dort, wo Substanz

gesichert wird. Aber er bleibt Ausdruck einer Politik des „Weiter so“ mit freundlicherem Ton. Er verwaltet strukturelle Probleme, anstatt diese zu lösen und verkauft Hoffnung als Strategie.

Die kommenden Jahre werden für Backnang kein Spaziergang.

Die Spielräume werden enger, die Erwartungen höher.

Was wir brauchen, ist nicht mehr Zuversicht, sondern mehr Ehrlichkeit!

Nicht mehr Narrative, sondern klare Prioritäten.

Nicht mehr Symbolpolitik, sondern finanzielle Bodenhaftung.

Aus diesen Gründen sehen wir erheblichen Korrekturbedarf.

Wir werden die Beratungen kritisch, unbequem und klar in der Sache begleiten.

Für die geleistete Arbeit danken wir Herrn Oberbürgermeister Friedrich,

Herrn Erstem Bürgermeister Setzer, den Dezernenten Frau Wüllenweber und

Herr Mäule.

Unser Dank gilt ebenso allen Mitarbeitern der Verwaltung sowie den

Amtsleiterinnen und Amtsleitern, die mit ihrer täglichen Arbeit dafür sorgen, dass die Stadt handlungsfähig bleibt.

Unseren Kolleginnen und Kollegen dieses Gremiums danken wir für die Auseinandersetzung, auch dort, wo sie unbequem war.

Der anwesenden Presse danken wir für die Begleitung der Debatten, wenn auch leider nicht immer alle Facetten ausgewogen berücksichtigt wurden.

Den Bürgerinnen und Bürgern danken wir für ihre Geduld und ihr Interesse.

Es gilt das gesprochene Wort.

Für die AfD-Fraktion

Dr. Steffen Balz